

AUSSPRACHE

Kontakte zwischen Gewerkschaften und Bundeswehr

I

Die seit den Vorfällen in *Nagold* und dem Bericht des Wehrbeauftragten wieder stattfindende Diskussion über den Geist in der Bundeswehr hat vor allem ein Gutes: Wir beschäftigen uns mit den Problemen der Armee unseres Staates. Leider müssen immer erst alarmierende Feststellungen getroffen werden, bevor wir uns Gedanken darüber machen, was eigentlich vorgeht und wie wir evtl. Einfluß auf die Gestaltung der inneren geistigen Struktur der bewaffneten Macht nehmen können. Nun, mit *Worten* allein können wir wenig erreichen. Warum *tun* wir eigentlich so wenig, um den Soldaten — Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften — zu helfen? Seien wir uns doch klar darüber, daß man mit Kenntnissen über die Wehrmacht oder gar die Reichswehr (nach dem Motto: „Barras bleibt doch Barras“) kaum Wehrexpertentum demonstrieren kann.

Entscheidend ist, ob wir zu einem Gedankenaustausch mit der Bundeswehr bereit sind. Oder genauer: Können wir Verbindungen schaffen, die von Dauer sind und die es ermöglichen, den *Menschen* kennenzulernen, zu verstehen und auf ihn einzuwirken? Der ehemalige Landesvorsitzende des DGB in Baden-Württemberg, *Wilhelm Kleinknecht*, sagte anläßlich einer Tagung der ÖTV mit Offizieren des Wehrbereichs V in Stuttgart: „Gewerkschaft und Bundeswehr haben etwas Gemeinsames: Die Gewerkschaften sichern die Demokratie nach innen und die Bundeswehr nach außen; in dieser gemeinsamen Aufgabe sollen

sich beide finden.“ Das setzt voraus, daß beide Seiten die verstaubten Denkschablonen der Vergangenheit auf den Müll der Geschichte werfen und ohne Vorurteil den anderen Partner betrachten.

Es ist heute nicht mehr so, daß der Soldat - insbesondere der Offizier und Unteroffizier - die Arbeiterschaft und deren Organisation als Totengräber der bestehenden Gesellschaftsordnung ansieht, deren Versuchen zur geistigen Unterminierung es zu wehren gilt. Es ist aber auch nicht der Fall, daß der Gewerkschafter die Armee als Vertreter einer arbeiterfeindlichen Gesellschaft zu bekämpfen glaubt. Die Reste dieser Einstellung jedoch sind noch überall erkennbar. Da wurde bei dem legitimen vorparlamentarischen Kampf der Gewerkschaften gegen die Wiederaufrüstung das Wort von der „Unterstützung des Gegners“ gesprochen, da war und ist andererseits von Militarismus, „Geist von gestern“, usw. die Rede. Gewisse Veröffentlichungen nähren diese Vorstellungen immer wieder, indem Vorfälle und Berichte einzelner Kollegen zur Beweisführung herangezogen werden. Wenn hier ein Beispiel gestattet ist: Wer sein Kind immer nur tadelt und prügelt, weil es einige „Unarten“ seiner Eltern noch nicht abgelegt hat, der wird erleben, daß es sich bockig anstellt, sich abkapselt und zum „Staat im Staate“ (*Heye*) wird. Haben wir uns schon einmal überlegt, daß ein Lob für gute Leistungen anspornend wirkt?

Allerdings ist es heute schwer umzudenken. Zu vieles ist im Fluß, ändert und verändert unsere Welt. Doch gerade deshalb muß uns die Sorge um den Bestand einer von uns als gut empfundenen Sache den Mut verleihen, auch Dinge anzupacken, die uns vielleicht unbequem sind. Und es gilt, einige falsche Vorstellungen auszuräumen, die den Blick für die Tatsächlichkeiten trüben.

Voraussetzung ist, daß wir bei der Beurteilung der Armee in der Demokratie nicht in den Fehler verfallen, eine demokratische Armee vor uns sehen zu wollen. Es muß allerdings eine Armee von Demokraten sein. Ein demokratische Armee gibt es nicht und wird es auch nie geben können, wenn sie ihren Auftrag erfüllen soll. Hier liegt, glaube ich, der Denkfehler vieler Kollegen, die meinen, Hierarchie sei ein Relikt der Vergangenheit und Befehl und Gehorsam seien überholt. Der eben erwähnte Auftrag besagt nämlich, „Recht und Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“. Das heißt, es geht im Konfliktfall um Leben oder Tod sowohl des Volkes als auch des Einzelnen. Deshalb stimmt der gedankliche Vergleich mit einem Betrieb oder dem Aufbau der Gewerkschaften nicht. Denn der Angehörige eines Unternehmens gehört diesem ja (mehr oder minder) freiwillig an. Hinzu kommt, daß der Soldat auf eine schnelle Übermittlung der geforderten Ziele angewiesen ist und oft gar nicht beurteilen kann, ob die Anweisung oder der „Befehl“ im Augenblick zweckmäßig ist und sich in die Gesamtabsicht eines Planes einfügt. Deshalb sind kritische Äußerungen über das Fehlen eines Kündigungsrechts und eines Betriebsrates (vgl. R. Cunis „Demokratisierung in der Bundeswehr“, GM Nr. 9/64) absurd. Oder glaubt man allen Ernstes, ein „Soldatenrat“ sei opportun? Gerade deshalb aber ist die Voraussetzung aller militärischen Maßnahmen das Vertrauen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, und zwar auf beiden Seiten.

Dabei wird gar nicht bestritten, daß in einigen Fällen dieses Vertrauen verspielt worden ist. Das liegt zum Teil am Unvermögen der Vorgesetzten, aber auch am fehlenden Willen des Untergebenen. Die Gefahr bei solchen Diskussionsbeiträgen liegt darin, daß der jeweilige Sprecher nur von sich selbst ausgeht und meint, *seine* Einsicht in die Erfordernisse des militärischen Dienstes sei wesensnotwendig bei allen anderen Menschen (besonders bei 20jährigen) vorhanden.

Im übrigen gibt es auch in unserer Demokratie hierarchische Züge. Betrachten wir uns doch einmal den Aufbau unseres Staates. An der Spitze steht das Volk, das durch das Parlament vertreten ist. Die Regierung mit den Ministern ist die „Dienerin“ des Volkes. Der Beamte (und Soldat) führt demzufolge Weisungen „von oben“ aus. Die Gesetze (Befehle) zwingen uns oft zur Beschränkung eigener Wünsche, sind aber zum Zusammenleben notwendig. Manchmal sind sie uns unbequem, weil sie Dinge fordern, die für die Gemeinschaft zwar notwendig, für uns aber nicht immer einsehbar sind. So zum Beispiel auch das Wehrpflichtgesetz. Ich glaube, daß gerade die allgemeine Wehrpflicht wahrhaft das Entstehen des Einzelnen für die Gemeinschaft aufzeigt, daß man das Engagement (auch wenn es un-

bequem ist) nicht einigen Wenigen überläßt; abgesehen von der Unzweckmäßigkeit im Konfliktfall, in der dann doch (dann allerdings Soldaten nur nach kurzer Ausbildung) alle Kräfte zur Abwehr eines Angriffs von außen mobilisiert werden müßten.

Wenn nun auf Grund Gesetz die Söhne unseres Volkes Soldaten werden müssen, bleibt für uns die Überlegung, wie man am Leben dieser jungen Menschen Anteil nehmen kann. Zwar sind Grundgesetz und (darauf aufbauend) Soldatengesetz für die Erziehung und Ausbildung des Soldaten verbindlich, aber die schon erwähnten Vorfälle zeigen doch, daß nicht überall so gehandelt wird, wie es „befohlen“ ist. Das liegt nicht daran, daß in der Bundeswehr die älteren Offiziere und Unteroffiziere keine Zeit gehabt hätten, nach 1945 umzudenken (sie hatten über zehn Jahre Zeit!), auch nicht nur daran, daß die jungen zu kurz und zu oberflächlich ausgebildet worden sind. Wesentlich erscheint, daß die Bundesrepublik der NATO-Forderung Rechnung zu tragen hatte, möglichst schnell eine kampfkraftige Streitmacht aufzubauen. Der Erfolg dieses *politischen* Auftrages, der von den drei großen Parteien anerkannt wird, ist die Verlegung der Verteidigungsräume an die Zonengrenze. Der Nachteil liegt in einer gewissen Überforderung der Truppe, einer Überbeanspruchung vieler Offiziere und Unteroffiziere. Nicht zuletzt dürfte auch der erhebliche Mangel an Offizieren und Unteroffizieren und der dabei manchmal praktizierte Unfug „Quantität statt Qualität“ einen großen Teil Schuld daran haben. Doch müßte die Gesellschaft dafür ein gerüttelt Maß Verantwortung tragen, denn sie hat für den „Nachwuchs“ wenig gesorgt.

Oder glaubt man tatsächlich, daß die Armee für sich selbst zu sorgen hat? Zur Gesellschaft gehören in erster Linie die politischen Parteien und die Verbände, also auch die Gewerkschaften. Was haben sie bisher getan? Das soll nun keine Entschuldigung für Verfehlungen bedeuten, denn manch ein Vorgesetzter hat falsch gehandelt und die „Innere Führung“ in völliger Verkennung des tatsächlichen Inhaltes (geistige Rüstung und zeitgemäße Menschenführung) abgelehnt. Doch daraus nun insgesamt eine reaktionäre Gesinnung unterstellen zu wollen, wäre genauso verfehlt, wie die Gewerkschaften der geistigen Anlehnung an die Ideologie des Sowjetblocks zu zeihen. Denn auch das kommt ja bekanntlich vor. Diese dummen Verallgemeinerungen schaden uns mehr, als wir uns manchmal denken.

II

Wie können nun die eingangs erwähnten „Taten“ erfolgen? Im März dieses Jahres besuchten die DGB-Kreisvorsitzenden Rheinland-Pfalz unter Führung des Kollegen *Stümer*

vom Landesbezirk einen Divisionsstab und eine Nachschubkompanie. Die Kollegen schienen vom Besuch und dem sich anschließenden Gespräch beeindruckt, waren doch viele mit etwas seltsamen Vorstellungen gekommen („einen General habe ich mir aber anders vorgestellt — viel zackiger“). Einer der Kollegen sagte anschließend, daß er zwar seine Einstellung gegenüber der Bundeswehr nicht geändert habe, manche Dinge jetzt aber anders sehe. Nun, *Gespräche* sollen der Klärung der Standpunkte und dem gegenseitigen Kennenlernen dienen. *Truppenbesuche* könnten der näheren Information genügen. Es gibt bereits einige Landesbezirke und Kreise, die diese Art Kontakte pflegen. Doch das genügt nicht. Nicht sehr oft haben wir die Zeit, gründlich alles Wissenswerte zu erfahren und auch „hinter die Kulissen“ zu schauen. Deshalb bieten sich *Seminare und Arbeitsgemeinschaften in Bildungseinrichtungen des DGB und der Bundeswehr* an. Zwar ist ein bescheidener Anfang gemacht worden, aber das ist eben nur ein Anfang. Hierbei können vorzüglich Probleme beider Seiten besprochen, Rat und Hilfe gegeben werden, und vor allem lernt man den anderen als Menschen kennen.

Einige Kollegen werden einwenden, daß das nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein kann. Man dürfe höchstens über die Betreuung eingezogener Gewerkschaftskollegen sprechen. Es wird dabei aber vergessen, daß der BtlKdr oder der KpChef als Disziplinarvorgesetzter selbst entscheiden kann, ob er Außenstehende in die Kaserne hereinläßt. Es ist anzunehmen, daß er ihm bekannte Gewerkschafter anders ansieht als irgendwelche Kollegen, die möglichst noch mit unverhohlenem Mißtrauen zu ihm kommen. Auch in der *politischen Bildungsarbeit* kann manch ein Funktionär durch *Vorträge* und Diskussionen in der Kaserne mithelfen, einen „Staatsbürger“ mitzuformen. Selbstverständlich kann diese Bildungsarbeit innerhalb der gewerkschaftseigenen Einrichtungen fortgesetzt werden. Umgekehrt sollten wir nicht zögern, auch Soldaten zu Vorträgen in das Gewerkschaftshaus einzuladen, und zwar sowohl als Referenten als auch als Zuhörer.

Der daraus entstehende Gedankenaustausch wird die Barriere des Mißtrauens und des Mißverständnisses auf beiden Seiten abbauen. Der oft erwähnte Mangel an (geeigneten) Offizieren und Unteroffizieren eröffnet noch eine Möglichkeit des Kontaktes, und ich meine, daß dieser vielleicht am wirksamsten werden dürfte: Der *Eintritt von Gewerkschaftern in die Bundeswehr* hilft einmal, das Fehl abzubauen, zum anderen aber auch, an der Erziehung der Soldaten mitzuwirken. Das soll auf keinen Fall als (auch noch plumpe) Werbung für die Bundeswehr anzusehen sein. Aber erstmals in der deutschen Geschichte haben die Gewerkschaften die Möglichkeit, am Aufbau der Armee mitzuarbeiten, denn in

der Weimarer Republik wurde die Chance ja vertan, als *Noske Carl Legien* vergeblich bat, Kollegen in die Reichswehr zu schicken.

Die sich jetzt bietende Gelegenheit darf nicht mit dem Hinweis abgetan werden, es sei schon zu spät dazu. Es ist niemals zu spät, um anzufangen, und die Armee wird vom (lebenden) Offiziers- und Unteroffizierskorps getragen!

Die gemeinsame Aufgabe von Gewerkschaften und Bundeswehr, der Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, erfordert von uns allen Zusammenarbeit und Hilfe. Niemals wieder dürfen sich beide Institutionen feindlich gegenüberstehen. Das erfordert von beiden Seiten Verständnis und Bereitschaft zu Kontakten. Es genügt nicht, wenn Verteidigungsminister und DGB-Bundesvorsitzender miteinander konferieren. Wir müssen auf der unteren Ebene beginnen. Von Mensch zu Mensch sollten wir sprechen, und sicherlich wird die Zukunft der Bundeswehr und ihr Verhältnis zur Gewerkschaft mit davon abhängen, wie wir uns heute entscheiden.

Dieter Pritzsche, Sontra

Demokratisierung in der Bundeswehr

Reinmar Cunis beginnt seinen Artikel „Demokratisierung in der Bundeswehr“, GM 9/1964, mit der Feststellung: „Die ersten Aufregungen, die der Bericht des Wehrbeauftragten *Hellmuth Heye* verursacht hatte, haben sich wieder gelegt.“ Das ist in der Tat so. Das Iller-Unglück, dem 15 junge Bundeswehrrekruten zum Opfer fielen, wer denkt noch daran? Die Nacht- und Nebelaktion gegen den *Spiegel* und der Telefonabhörskandal, wer regt sich noch darüber auf? Diejenigen, die dafür die Verantwortung tragen, hoffen noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages durch die Notstandsgesetzgebung größere Vorrechte für die Exekutive zu erhalten, als sie sie ohnehin schon, wenn auch „etwas außerhalb der Legalität“, in Anspruch genommen haben.

Die Entwicklung der Bundeswehr ist nicht isoliert zu betrachten und zu verstehen. Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt, wird in der Präambel des *DGB-Grundsatzprogramms* festgestellt. Die Führung der Bundeswehr wurde zum Teil von den alten Kadern der Hitlerarmee, zum Teil verurteilten Kriegsverbrechern (*Förtsch*) gestellt, die dem NS-Unrechtsstaat und seinem verbrecherischen Krieg bis zum bitteren Ende getreulich dienten, von denen sich nur wenige von ihrer anti-demokratischen Vergangenheit distanzieren, ja viele sogar noch voll Stolz ihre wahrhaftig nicht demokratische Tradition pflegen.

Die Bundeswehr wurde geschaffen in der Zeit der Hochspannung des ostwestlichen Kalten Krieges, als Instrument des Kalten Krieges, einer Politik, die als Ziel proklamierte, die bestehenden Streitfragen von einer „Position der Stärke“ aus zu lösen. Geschaffen, wie es heißt, zur Verteidigung, proklamierte der Minister, dem jahrelang die Bundeswehr unterstand, *Franz Josef Strauß*, der zweite Weltkrieg sei noch nicht zu Ende, und: die Stärke der Verbündeten reiche aus, die Sowjetunion auszuradieren, so forderte die Bundeswehrführung in ihrer Denkschrift des Jahres 1960 die Verfügungsgewalt über Atomwaffen. Wenn in der Zeitschrift *Wehrkunde*, die in München erscheint, der ehemalige Hitlergeneral *Friedrich von Boetticher* ausgerechnet in der Ausgabe zum Jahrestag des Beginns der beiden Weltkriege folgende Sätze von sich gibt: „Im Kriege offenbart sich Gott dem Menschen.“ — „Ein gut geführter Krieg ist wie eine große Symphonie.“ — „Es ist Aufgabe der Generalstabserziehung, das heilige Feuer in der Brust der Offiziere zu entfachen, damit sie dem Krieg, der höchsten Steigerung des menschlichen Lebens, gewachsen sind und die Schwäche ihrer Zeit überwinden . . .“, dann ist das echt preußisch-deutscher militaristischer Geist, Gedankengänge nicht nur des einen Generals, der sie ausspricht und der sie in unserem Lande publizieren kann!

Für die Gewerkschaften ist die heutige Situation der Bundeswehr keine Überraschung. Es ist im Grunde genommen eingetreten, was sie schon mit der vor zehn Jahren vom III. DGB-Kongreß angenommenen Entschliebung gegen jeden Wehrbeitrag, die nie aufgehoben wurde, warnend vorausgesagt haben. Reinmar Cunis zitiert den Hinweis von *Karl Karst*, „daß der Soldat für den Ernstfall und nur für den Ernstfall ausgebildet wird“. — Als Gewerkschafter wissen wir, daß dieser „Ernstfall“ im Zeitalter der atomaren Vernichtungswaffen nicht eintreten darf, weil er die Auslöschung unseres Volkes und unserer Zivilisation zur Folge hätte. Die Armee kann als Instrument zur Verteidigung nur eine sekundäre Rolle spielen. Die primäre Rolle kommt der auf die Erhaltung des Friedens orientierten Politik zu. Nur wenn sie einer Strategie des Friedens untergeordnet ist, kann die Armee wirkliche Verteidigungsfunktion in begrenztem Rahmen noch erfüllen. Niemand wird behaupten wollen, daß diese Erkenntnis, die die Politik der beiden führenden Weltmächte in den letzten Jahren in zunehmendem Maße bestimmt, bei der Schaffung und dem hektischen Aufbau der Bundeswehr Pate gestanden hat.

Die Gewerkschaften sollten in ihren Schlußfolgerungen, die sich aus der entstandenen Situation in der Bundeswehr und in der Weltpolitik ergeben, weniger zurückhaltend

und konkreter sein, als Reinmar Cunis am Schluß des Artikels. Sie sollten fordern:

1. Drastische Reduzierung der Stärke der Bundeswehr. Zur Verteidigung der Bundesrepublik im Rahmen der NATO ist keinesfalls die fünffache Stärke der Reichswehr der Weimarer Republik erforderlich.

2. Demokratisches Mitbestimmungsrecht für die Soldaten der Bundeswehr. Wenn heute selbst den Schülern das Recht eingeräumt wird, Klassensprecher zu wählen, dann sollte endlich auch die Unmündigkeit der Soldaten der Vergangenheit angehören. Den Gewerkschaften sollte das Recht eingeräumt werden, an den von den demokratisch gewählten Vertretungsorganen der Soldaten einberufenen Versammlungen teilzunehmen, analog ihrer Berechtigung, an Betriebsversammlungen teilzunehmen.

3. Entfernung aller Offiziere aus der Bundeswehrführung, die auf Grund ihrer Vergangenheit und nach ihrem bisherigen Verhalten keinen Beweis dafür erbracht haben, daß sie sich wirklich der Demokratie, nicht aber der militärischen „Tradition“ Preußen-Deutschlands verpflichtet fühlen. *Arthur Böpple, Bremen*